

Antrag C003: Gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet. Sanierung der ostdeutschen Bundesländer fortschreiben.

Antragsteller*in:	DGB-Bezirk Sachsen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Transformation gerecht gestalten, in die Zukunft investieren

- 1 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass
- 2 das im Grundgesetz verankerte Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten
- 3 Bundesgebiet erreicht wird. Zum Erreichen dieses Ziels bleibt es auch nach über 30
- 4 Jahren Deutsche Einheit notwendig, dass nach Auslaufen des Solidarpakts weiterhin
- 5 ausreichend Finanzmittel in die ostdeutschen Bundesländer fließen. Hiermit müssen
- 6 wichtige Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur und in die
- 7 Daseinsvorsorge getätigt werden.
- 8 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden ihr Engagement fortsetzen, um die
- 9 Angleichung der Arbeitsbedingungen in Ost und West auf allen Ebenen und allen
- 10 Tarifbereichen weiter voranzubringen.
- 11 Hierfür ist die Konflikt- und Mobilisierungsfähigkeit auszubauen.

Begründung

Als Gewerkschafter*innen prägt uns das Leitbild gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland und zwischen Ost und West. Mehr als 30 Jahre nach der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit haben die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern viel erreicht. Es reicht aber noch nicht. Ostdeutschland muss weiter aufholen, denn noch immer liegt die ostdeutsche Wirtschaftskraft deutlich hinter der westdeutschen, die Arbeitsbedingungen, Löhne und Renten sind niedriger. Und noch immer bestehen tiefe strukturelle und soziale Probleme.

Der DGB Sachsen will die Angleichung der Bedingungen in allen Lebensbereichen und Tarifverträgen. Dafür muss die Wirtschafts- und Innovationskraft Ostdeutschlands weiter gestärkt und über die anstehenden Transformationsprozesse zukunftsfest gestaltet werden. Es gilt, die sozialen Spannungen zu überwinden und die Arbeitslosigkeit, vor allem die Langzeitarbeitslosigkeit, zu bekämpfen. Die Politik muss Antworten auf die demografischen Herausforderungen geben und Perspektiven für Jung und Alt in den Regionen und Revieren schaffen. Dafür werden auch nach dem Auslaufen des Länderfinanzausgleichs ausreichend Finanzmittel in Ostdeutschland, gemeinsame Anstrengungen und Ideen benötigt.

Wir werden unseren Beitrag als zuverlässiger Partner leisten. Dabei ist unsere Hand zur Zusammenarbeit gegenüber den Arbeitgebern ausgestreckt. Wer aber Tariffucht begeht oder Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit behindert, gehört öffentlich angeprangert und mit allen Mitteln des Rechts und

unserer gewerkschaftlichen Stärke bekämpft.